

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 16/111

Versorgung der ländlichen Region mit Breitbandanschlüssen zügig voranbringen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP vorgesehene Verbesserung der Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen in der konkreten Umsetzung zügig voranzutreiben.

Die unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und der Staatsregierung bereits unternommenen Schritte werden begrüßt; für den Ausbau der Breitbandversorgung sind bis 2010 insgesamt 19 Millionen Euro an Fördermitteln bereitgestellt. Die Europäische Kommission hat den GAK-Rahmenplan 2008 bis 2011 „Grundsätze für die Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung, Teil B: Breitbandversorgung ländlicher Räume“ am 03.07.2008 genehmigt; dieser liegt der bayerischen Breitband-Richtlinie für die Förderung von Breitbandinfrastrukturen in ländlichen Gebieten zu Grunde. Am 6. November 2008 hat die Kommission den Gewerbeteil der Förderung genehmigt. Zumal die Anwendung des EU-Beihilferechts mit zusätzlichem Zeitbedarf verbunden ist, müssen jetzt Staatsregierung, Regierungen, Gemeinden und Anbieter alles Notwendige unternehmen, damit schnellstmöglich für jede Gemeinde schnellstmöglich eine maßgeschneiderte Lösung umgesetzt werden kann.

Das Vorhaben hat jetzt einen Entwicklungsstand erreicht, in dem anzustreben ist, die inzwischen vorhandenen Problemlösungspotenziale von Bund, Freistaat und Kommunen mit optimaler Wirkung zusammenzubinden. Darüber hinaus müssen auch Möglichkeiten einer verstärkten Kommunikation der bereits vorliegenden Problemlösungen wirksam ausgeschöpft werden:

- Die Zugänglichkeit der Programme von Land und Bund, mit denen Finanzhilfen bereitgestellt werden, ist zu verbessern.
- Mit Hilfe von weiteren regionalen Konferenzen können Problemlösungen erarbeitet und kommuniziert werden, die den jeweiligen regionalen Besonderheiten Rechnung tragen.
- Sowohl in einzelnen Kommunen als auch auf interkommunaler Ebene sollen Modellversuche umgesetzt werden.

Die Akzeptanz der Nutzung insbesondere von Funklösungen sollte durch intensivere Information verstärkt werden, um im Bedarfsfall auch eine sehr kurzfristige Verfügbarkeit verbesserter Internetzugänge zu gewährleisten.

Weiterhin ist anzustreben, die Zusammenarbeit zwischen den Anbietern von lokalen und von regionalen Lösungen zu stärken.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident